

II-6458 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

▲
B M
W F
▼

MINORITENPLATZ 5
A-1014 WIEN
TELEFON
(0222) 531 20-0
DVR 0000 175

GZ 10.001/99-Parl/92

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER
Parlament
1017 Wien

Wien, 1. Juli 1992

2847AB

1992-07-03

zu 2952/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2952/J-NR/1992, betreffend Personalprobleme bei der Inbetriebnahme des Sozialmedizinischen Zentrums Ost, die die Abgeordneten Dr. LEINER und Kollegen am 14. Mai 1992 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

- 1) Wie beurteilen Sie als der für die Universitätskliniken verantwortliche Bundesminister die Entwicklung, daß aufgrund des akuten Personalmangels in den Wiener Spitälern ärztliches Personal aus dem AKH zur Unterstützung des neuen "Donauspital-SMZ-Ost" abgezogen wird?
- 2) Ist durch diese Entwicklung der Standard der ärztlichen Versorgung der betroffenen Universitätskliniken des AKH noch ausreichend gewährleistet?

Antwort:

Es ist nicht ungewöhnlich, freie Primariate in Krankenhäusern, die nicht gleichzeitig als Universitätskliniken fungieren, mit Fachärzten zu besetzen, die bisher an Universitätskliniken tätig waren. Da die Stadt Wien die Entscheidungen über die Vergabe der Primariate im SMZ Ost schon relativ lange vor der tatsächlichen Inbetriebnahme getroffen hat, war dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung der bevorstehende Abgang des Oberarztes der zweiten Universitätsklinik für Unfallchirurgie, Professor Fasol, bekannt.

- 2 -

Auch einige andere Ärzte dieser Klinik sind offenbar mit Professor Fasol ins SMZ Ost gewechselt. Die Ärzte haben ihr Dienstverhältnis zum Bund gelöst und sind in Dienstverhältnisse zur Stadt Wien übergetreten. Die freigewordenen Planstellen an der Universitätsklinik wurden zur Nachbesetzung freigegeben.

Aus der Sicht des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung ist ein Wechsel von Ärzten aus Universitätskliniken in andere Krankenanstalten grundsätzlich wünschenswert. Dadurch kann einerseits bewährten jüngeren Fachärzten in Universitätskliniken ein Aufrücken in Oberarzt-Positionen ermöglicht werden, andererseits werden in den Universitätskliniken Stellen für Jungärzte frei.

Die Besetzung von ärztlichen Funktionen in anderen Spitälern durch Übernahme von bewährten Fachärzten aus Universitätskliniken ist aus der Sicht des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung auch insoferne positiv zu sehen, als dadurch diese anderen Spitäler in die Lage versetzt werden, die Universitätskliniken zu entlasten. Es ist nämlich bisher zu beobachten gewesen, daß die primär für die medizinische Spitzenversorgung gewidmeten Universitätskliniken (die gemäß Krankenanstaltengesetz immer Zentralkrankenanstalten sind) mit Aufgaben der medizinischen Basisversorgung be- bzw. überlastet werden.

Unfallchirurgie und Frauenheilkunde sind erfahrungsgemäß Fächer, bei denen großes Interesse an ausgeschriebenen Ärzteplanstellen an Universitätskliniken besteht. Die Nachbesetzung der Planstellen an den Universitätskliniken ist also nicht in Frage gestellt. Auch die Qualität der Aufgabenerfüllung in den Universitätskliniken und klinischen Universitätsinstituten ist nicht gefährdet, weil Universitätskliniken und klinische Institute in der Regel über einen im Vergleich zu anderen Krankenanstalten höheren Anteil an qualifizierten Oberärzten verfügen.

- 3 -

Im übrigen trifft die Verantwortung für die Sicherung des Standards der ärztlichen Versorgung der Universitätskliniken im Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien den Spitalsträger, also die Stadt Wien. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß im AKH der Stadt Wien fast alle Ärzte dienstrechtlich dem Bund zugehören.

Ein wesentlich größeres und offenbar den Spitalsbetrieb sowohl im AKH als auch im SMZ Ost viel eher beeinträchtigendes Problem stellt der Mangel an qualifiziertem Krankenpflegepersonal und an MTAs dar.

Ursachen dafür dürften die zu geringe Ausbildungskapazität der Krankenpflegeschulen und der MT-Schulen der Stadt Wien ebenso sein wie die starre und gerade für Frauen mit Familie ungünstige Diensteinteilung. Wie das in der Öffentlichkeit in letzter Zeit mehrfach erwähnte Frankfurter Modell zeigt, gewinnt der schwere Krankenpflegeberuf bei entsprechender Verbesserung der Arbeitsbedingungen rasch an Attraktivität.

Eine Verbesserung der Ausbildung des Krankenpflegepersonals und des MT-Personals sowie eine Änderung der Arbeitszeitregelungen sind dringend notwendig, um die Personalprobleme in den öffentlichen Spitälern einschließlich der Universitätskliniken zu beseitigen und damit die Aufhebung der Sperre von Betten und ganzen Krankenstationen zu ermöglichen.

Der Bundesminister:

